



Foto: iStock.com/3dSculptor

Abschaffung der
Hacklerregelung:

Demontage des Pensionssystems

Im November 2020 beschloss die türkis-grüne Bundesregierung nach nur einem Jahr die erneute Abschaffung der sogenannten Hacklerpension. Ein sozialpolitisches Trauerspiel in mehreren Akten. Am zentralen Problem ändert sich leider nichts. Die Politik zerstückelt weiterhin ungeniert den Pensionskuchen bis zur Unkenntlichkeit. Die Demontage des Pensionssystems geht auch unter Türkis-Grün munter weiter, doch es fehlt der Aufschrei. Wie lange dauert es noch, bis die Umlagesysteme unseres Sozialstaats endgültig kippen?

Von Stefan Rothbart

Bereits Anfang des Jahres – vor Corona – hat Bundeskanzler Kurz die Abschaffung der Hacklerregelung angekündigt. Jetzt – während Corona – zieht er sie mit seinen grünen Koalitionshelfern im Eiltempo durch. Die empörten Appelle der Opposition, vor allem der Sozialdemokraten, quittiert der Kanzler im Nationalrat mit einer gewissen Belustigung. Zeitpunkt sowie Art und Weise offenbaren tatsächlich, woran es Sebastian Kurz mangelt, nämlich an Empathie. Und gleichsam möchte man ihm eine alte Politikweisheit ins Gewissen bringen: Nichts verzeihen die Wählerinnen und Wähler weniger als Arroganz. Mitten im zweiten Lockdown der Covid-19-Krise eine Verschlechterung der Langzeitar-

beitenden in diesem Land zu beschließen muss zwangsläufig polarisieren. Die Entscheidung der Regierung zeugt daher entweder von fehlendem Taktgefühl oder eiskaltem Kalkül.

Eine wechselhafte Vorgeschichte

Die Hacklerpension, die eigentlich in ihrer korrekten Bezeichnung Langzeitversicherterregelung (LZVR) heißt, war ursprünglich eine Erfindung der ÖVP, zusammen mit der FPÖ, unter Bundeskanzler Schüssel. Schon damals war eine gewisse Portion Populismus im Spiel, denn unter dem sperrigen Namen LZVR war die Regelung schwer zu verkaufen, also nannte man sie im politischen Framing „Hacklerregelung“, obwohl damals

schon klar war, dass es nicht in erster Linie die „Hackler“ sein werden, die profitieren würden. Vor allem Büroangestellte, etwa in Banken und Versicherungen, kamen auf die benötigten 45 bzw. 40 Beitragsjahre für Männer und Frauen. 2004 unter ÖVP/FPÖ als Übergangsmodell eingeführt, gab es 2008 einen Parlamentsbeschluss zur Verlängerung der „Hacklerpension“ quasi als Wahlzuckerl. Aber schon damals argumentierte man, dass eine Abschaffung ein Härtefall für alle jene Jahrgänge wäre, die kurz vor der Pensionierung standen. Nicht anders verhält es sich aber auch im Jahr 2020.

2014 wurde das Auslaufen der LZVR unter SPÖ-Sozialminister Rudolf Hundstorfer vorangetrieben. Erst 2019, unter der türkis-

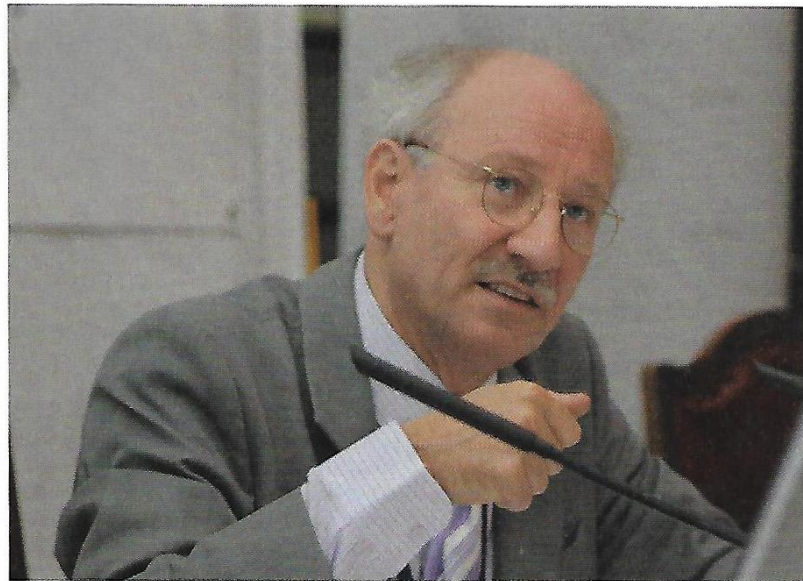
blauen Bundesregierung von Kanzler Kurz, wurde das Auslaufen der Regelung zurückgenommen. Damals sprach die ÖVP von Gerechtigkeit gegenüber Langzeitarbeitenden. Wer in Österreich etwas leiste, dürfe schließlich nicht der Dumme sein. 2020 ist es dann plötzlich „gerecht“ und „nachhaltig (man merkt das Wording von Türkis-Grün), die Hacklerpension wieder abzuschaffen, denn schließlich sind die Anspruchsberechtigten ja gar keine „Hackler“, und vor allem mehrheitlich Männer. Frauen seien gar benachteiligt.

Fehlende Wertschätzung mit falschen Argumenten

Die Argumentation von Türkis-Grün ist hierbei mehr als bedenklich. Die Hacklerpension wird als Ungerechtigkeit gegenüber Frauen abgetan und sowohl die Regierung als auch gewisse Medien (Standard #räusper) sprechen gar von „Profiteuren“ der Hacklerregelung. Es ist schon mal eine semantische Frechheit, bei Menschen, die 45 Jahre gearbeitet, Steuern und Pensionsbeiträge gezahlt haben, von „Profiteuren“ zu

Die Umverteilung setzt man jetzt also schon bei Menschen an, die 2.000 bis 3.000 Euro im Monat Pension bekommen, hinter denen 45 Beitragsjahre stehen. Das lässt tief blicken.

sprechen. Allein das Wort hat einen anrüchigen, unlauteren Beigeschmack und suggeriert eine Geringschätzung der lebenslangen Arbeitsleistung dieser Menschen. Ferner die Zahlen eines Jahres herzunehmen, wonach rund 7.000 Männer und nur eine Frau im Jahr 2020 die Hacklerregelung in Anspruch genommen haben, und daraus eine Geschlechterungerechtigkeit abzuleiten, ist wahnsinnig kurz gedacht. Früher sagte man immer, die Politik denke nur von einer Wahl bis zur nächsten. Hier hat man fast den Eindruck, dass nur mehr von Pressekonferenz zu Pressekonferenz gedacht wird.



Pensionsexperte Prof. Dr. Bernd Marin.

Foto: wikimedia/Werner Bregar

Man möchte meinen, das Pensionssystem wäre eine Materie, die über mehrere Generationen hinweg betrachtet werden muss. Die Auswirkungen einer Regelung daher an den Zahlen eines Jahres zu beurteilen ist wohl in diesem Kontext nicht besonders zielführend. Während Männer 45 Beitragsjahre vorweisen mussten, brauchten Frauen nur 40 Beitragsjahre. Das Hauptproblem im Jahr 2020 ist, dass Frauen aktuell noch mit 60 Jahren in Pension gehen können und so gar nicht an die für die Hacklerpension geforderten 62 Jahre herankommen. Durch die sukzessive Angleichung des Pensionsantrittsalters in den nächsten Jahren wären wesentlich mehr Frauen zukünftig auch anspruchsberechtigt gewesen.

Corona-„Hacklerin“

Um solche Frauen zu finden, muss man gar nicht so lange suchen. Selbst im redaktionellen Bekanntenkreis der Wirtschaftsnachrichten gibt es gleich drei fleißige Damen, die

bei Fortführung der Hacklerregelung in deren Genuss gekommen wären. Besonders pikant ist, dass eine davon seit 38 Jahren in einem Betreuungsberuf – also als Corona-Heldin – arbeitet. Sie hätte in einigen Jahren durch die Hacklerregelung jene finanzielle Aufwertung erhalten, die die Politik für diese Berufsfelder ja so eindringlich im Moment fordert.

Wie vielen Frauen man eigentlich einen Anspruch auf die Hacklerregelung verwehrt hat, erhebt die Regierung natürlich nicht. Da die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er-Jahre, jene mit besonders hohen Frauenbeschäftigungsquoten, erst in den kommenden Jahren in Pension gehen werden, wäre der Frauenanteil bei der Hacklerpension noch deutlich angestiegen.

Falsche Sichtweise auf Frauenpolitik

Diese Argumentation der Geschlechterungerechtigkeit wurde vor allem von den Grünen gebetsmühlenartig vorgetragen. Als Alterna-

tive hat man den Frühstarterbonus eingeführt, der wesentlich mehr Frauen zugutekommen würde. Ja, das stimmt, ebenso wie überhaupt der Kreis der Anspruchsberechtigten erweitert wird. Mit dem Prinzip Gießkanne erwischt man natürlich auch mehr Frauen. Wer zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr Beitragsjahre erworben und insgesamt 25 Jahre gearbeitet hat, soll einen Bonus von bis zu 60 Euro pro Monat in der Pension erhalten. Damit fördert man aber nicht, dass Frauen sich mit ihren Beitragsbiografien jenen der Männer angleichen. Man geht offenbar grundsätzlich davon aus, dass Frauen immer weniger Jahre einzahlen werden als Männer. Jene Frauen, die aber zu den Langzeitarbeiterinnen gehören, stellt man mit dem Frühstarterbonus schlechter. Damit setzt man die falschen Zeichen in der Gleichbehandlung. Frauen müssten durch Anreize ermutigt werden ebenso lange im Erwerbsprozess zu stehen, wie ihre männlichen Kollegen. Um das zu ermöglichen, braucht es klarerweise einen Ausbau von Betreuungseinrichtungen, um Beruf und Familie zu verbinden, sowie endlich die Anrechnung von Karenzzeiten für die Pension. Aber das gilt ja ohnehin für beide Geschlechter. Das feministische Argument geht nach hinten los.

„Es ist an der Zeit, die Pensionen dem willkürlichen Zugriff der Politik zu entziehen und einem Expertenrat zu unterstellen, der die langfristige Sicherung garantiert.“

Statt „Nehmt es den Reichen“ heißt es jetzt bei den Grünen unverhohlen: „Nehmt es den Männern.“ Die Umverteilung setzt man nun also schon bei Menschen an, die 2.000 bis 3.000 Euro im Monat Pension bekommen, hinter denen 45 Beitragsjahre stehen. Das lässt tief blicken, wie man Leistungsgerechtigkeit versteht. Damit wird eine Neiddebatte aufgemacht, die selbst vielen Frauen sauer aufstößt. Es reicht offenbar, wenn die ÖVP den Feminismusknochen wirft, damit die Grünen brav hinterherhecheln.

Frühstarterbonus ist „Murks“

Für den Pensionsexperten Bernd Marin ist der Frühstarterbonus, der als Ersatz für die LZVR eingeführt wird, ebenso ein „Murks“, obwohl er die Abschaffung der Hacklerregelung sogar befürwortet. „Die erneute Abschaffung der bereits einmal abgeschafften und dann wiedereingeführten Hacklerregelung ist mehr als gerechtfertigt, weil der Vertrauensbruch ja bereits mit der nur einige wenige Tausend Arbeitnehmer bevorzugenden plötzlichen Wiedereinführung stattgefunden hat“, so Marin. Der Frühstarterbonus sei aber ein fauler Kompromiss, der weder fair noch nachhaltig sei. Das Problem ist, dass dieser



Ältere Langzeitarbeiter, die kurz vor der Pension stehen, werden ab 2022 für die volle Pension 47 Jahre arbeiten müssen. Ihre Generation wird unter dem Strich am längsten in das Pensionssystem eingezahlt haben und dafür verhältnismäßig weniger bekommen.

Foto: iStock.com/RainStar

die Anreize, lange ins Pensionssystem einzuzahlen, weiter herunterschraubt. Die ASVG-Pension ist ein in sich geschlossenes System mit klaren Regeln, wer auf wie viel Anspruch hat. Dabei gilt die einfache Formel: Wer mehr und länger einbezahlt, bekommt auch mehr.

Herumrühren im Pensionstopf

Trotz dieser einfachen Erkenntnis, rührt die Politik seit Jahren im Pensionstopf herum und untergräbt die Anreize des Systems. Innerhalb eines geschlossenen Systems, das auf klaren Regeln basiert, umzuverteilen ist weder „gerecht“ noch „nachhaltig“, wie die aktuelle türkis-grüne Bundesregierung ihre neueste Reform nennt. Anders sind auch die 3,5 Prozent Erhöhung für kleine Pensionen nicht einzuordnen, denn eine Erhöhung über die Inflation ist schlichtweg nicht durch die Beiträge gedeckt. Niemand käme bei einer privaten Versicherung auf die Idee, während der Laufzeit derart drastische Vertragsän-

derungen vorzunehmen. Der Eingriff der Politik in das ASVG-Pensionssystem ist kurz-sichtig und eben nicht nachhaltig. Mit der 3,5-Prozent-Erhöhung und dem Frühstarterbonus hat man Klientelpolitik betrieben, aber die Finanzierbarkeit der Pensionen nicht nachhaltig gesichert. Es ist an der Zeit, die Pensionen dem willkürlichen Zugriff der Politik zu entziehen und einem Expertenrat zu unterstellen, der die langfristige Sicherung garantiert. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass die Pensionen weiterhin für Wahlzuckerl und Klientelpolitik von den Parteien missbraucht werden.

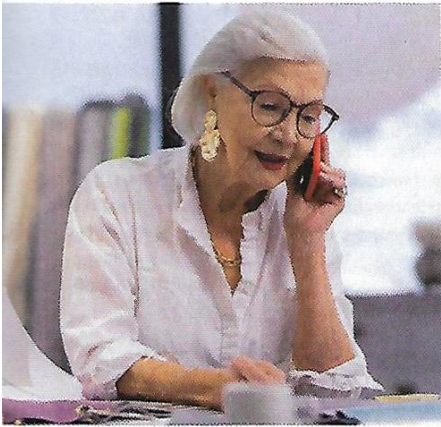
Was ehrlich gewesen wäre?

Ein Problem war die Hacklerpension nur hinsichtlich der fehlenden Beitragsdeckung der Pensionskasse und der Einhaltung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters mit 65 Jahren. Hätte man die Abschaffung unter diesen Gesichtspunkten argumentiert, wäre die Debatte anders verlaufen. Doch die Bei-

DEMOGRAFISCHE PENSIONSBOOMBE

Die Pensionen sind seit Jahrzehnten ein Politikum. Bisher hat jetzt Regierung es unterlassen, die entsprechenden Anpassungen vorzunehmen, um den drohenden Finanzierungskollaps durch die demografische Wende entgegenzuwirken. Wie die Statistik Austria in ihrer Bevölkerungsprognose 2020 im November darlegte, ist der Alterungsprozess der Gesellschaft „unumkehrbar“. Umlagenfinanzierte soziale Sicherungssysteme wie Pensionen oder Gesundheit kämen daher unter zunehmenden Finanzierungsdruck, wie der Leiter der Statistik Austria, Tobias Thomas, betont. „Während 1950 auf eine Person im Pensionsalter noch sechs Personen im erwerbsfähigen Alter kamen, so sind es heute nur noch drei Personen, und 2040 werden es nur noch zwei sein“, prognostiziert Thomas.

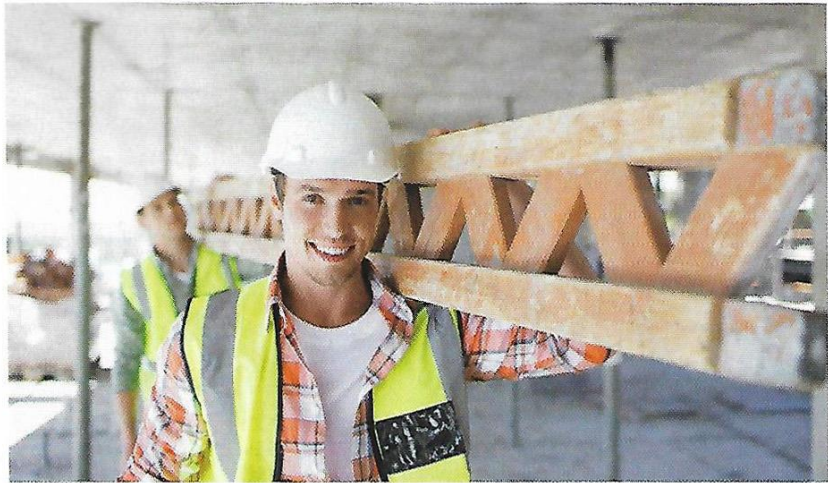
Die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre rücken langsam ins Pensionsalter auf. 2040 dürfte die Bevölkerung ab 65 um 48 Prozent größer sein als 2019, ihr Anteil an der Bevölkerung erhöhe sich daher von derzeit 18,9 auf 26,4 Prozent. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis unter 65 Jahren wird bis 2021 noch geringfügig über dem Niveau von 2019 liegen, danach bis 2040 um knapp 300.000 Personen (ein Rückgang von fünf Prozent) unter den derzeitigen Wert sinken. Nach 2040 bleibe die Zahl der Erwerbsfähigen voraussichtlich konstant. Die Zahl der unter 20-Jährigen werde noch leicht steigen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sinke jedoch mittelfristig von 19,3 (2019) auf 18,8 Prozent (2040). Unter diesen Gesichtspunkten braucht man kein Hellseher sein, um ein Scheitern der Umlagefinanzierung vorauszusehen.



Wie vielen Frauen man eigentlich einen Anspruch auf die Hacklerregelung verwehrt hat, erhebt die Regierung natürlich nicht. Foto: iStock.com/jacobchuk

Wir werden uns langsam darauf einstellen müssen, dass das Ende des Sozialstaates, so wie wir ihn derzeit kennen, immer näher rückt.

tragsdeckung spielt für diese Regierung offenbar ohnehin keine Rolle, wenn man mit dem Frühstarterbonus wieder ein beinahe gleich großes Loch aufmacht. Wobei genau genommen in Summe trotzdem weniger ausgeschüttet wird als für die Hacklerregelung. Generell ist es daher unverständlich, warum man den Frühstarterbonus nicht „zusätzlich“ eingeführt hat. Das wäre angesichts der sozialen und wirtschaftlichen Krise sogar mutig gewesen. Warum plötzlich hier sparen, wo doch im Corona-Jahr Milliarden aus dem Nichts bewegt werden? Da wären 20-30 Millionen mehr auch nicht mehr ins Gewicht gefallen. Doch man offenbart ein falsches Gerechtigkeitsverständnis. Die lebenslange Arbeitsleistung von Menschen (egal ob Männer oder Frauen, egal ob Angestellte oder Arbeiter)



Das System lastet auf den Jungen. Sie werden mehr leisten müssen, um den Sozialstaat in seiner jetzigen Form zu erhalten. Foto: iStock.com/Paul Bradbury

ter) wird mit der Abschaffung gering geschätzt. Ausgerechnet in dem Jahr, wo man 150 Millionen für die AUA-Rettung ohne Arbeitsplatzgarantie bereitstellt und ein grüner Vizekanzler noch „Koste es, was es wolle“ (oder „was immer es braucht“) als Leitspruch ausgegeben hat, findet die Regierung die abschlagsfreie Pension mit 45 Beitragsjahren ungerecht. Welch Ironie!

Viele Menschen haben nun das Gefühl, dass ihnen etwas weggenommen wurde. Das eigentlichen Problem, nämlich die fehlenden Beitragsdeckung im Pensionssystem und die Luxuspensionen, packt auch diese Regierung nicht an. Als Fazit bleibt ein weiterer unnötiger Vertrauensverlust in das Pensionssystem und die Politik.

Jugend wird Last schultern müssen

Die Zeche zahlt die Jugend. Auf die Jahrgänge ab 1980 kommt eine besondere Belastung zu. Nicht nur dass diese die Pensionslücke finanzieren müssen, sie werden überhaupt durch mehr Steuern den Sozialstaat schultern müssen, wenn er in dieser Form aufrecht bleiben soll. Die ab 1980 Geborenen sind am stärksten in den Genuss der

Errungenschaften jenes „Systems“ gekommen, gegen das man heute gern auf der Straße demonstriert. Doch die Bereitschaft, sich für den Sozialstaat auch einzusetzen, sinkt. Gleichwohl soll er aber ausgebaut werden. Ein sozialpolitisches Perpetuum mobile.

Wertewandel auf eigene Verantwortung

Die Werte der jungen Generation, die von einer ökologischen und gerechteren Gesellschaft beflügelt ist, ändern sich. Das Arbeitsethos junger Menschen entspricht nicht mehr dem ihrer Eltern- und Großelterngeneration. Unser Sozialstaat finanziert sich durch die Besteuerung von Arbeit und Konsum. Beides verliert bei der jungen Generation an Wert. Die Jugend muss sich bewusst werden, dass dies mehr Eigenverantwortung und weniger soziale Solidarität bedeuten wird. Jede und jeder wird sich mehr um seine finanzielle und materielle Absicherung selbst kümmern müssen. Das soziale Auffangnetz wird weniger dicht sein. Der Wertewandel der Jugend geschieht quasi auf eigene Verantwortung. Die Politik wird sehr bald darauf Antworten finden müssen. ■■